Deutscher Bundestag, Berlin am 15. Juni 2009

Roman Grafe

Sprecher der Initiative
„Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“
www.sportmordwaffen.de

E-Mail: sportmordwaffen@web.de

Berlin, 15. Juni 2009

Eingangsstatement für die öffentliche Anhörung im Innenausschuß des Deutschen Bundestages am 15. Juni 2009 zur Änderung des Waffenrechts

(Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drucksache 16/12597, Gesetzentwurf der FDP, BT-Drucksache 16/12663, Gesetzentwurf Bündnis 90/DIE GRÜNEN, BT-Drucksache 16/12477)

Die Initiative „Keine Mordwaffen als Sportwaffen!“ ist am 11. März 2009 in Berlin gegründet worden, wenige Stunden nach dem Amoklauf in Winnenden, als Reaktion darauf und in der Absicht, mit Hilfe von Bürgerengagement künftig solche Mordserien wirklich zu vermeiden.

Getragen oder unterstützt wird diese Initiative von Schriftstellern wie Ines Geipel (Autorin des Buches „Amok in Erfurt“), Roger Willemsen, Karl Corino, Wolfgang Schmidbauer und Bastian Sick. Dazu kommen Künstler wie der Liedermacher Gerhard Schöne und die Schauspielerin Angela Winkler. Nicht zuletzt unterstützen die Initiative Petra, Uwe und Marco Schill, die Eltern und der Bruder der in Winnenden erschossenen Schülerin Chantal Schill, sowie Klaus Jansen, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter.

Ihr Leben sei zu schön, um wahr zu sein, schrieb die 16jährige Nicole Nalepa in einem Gedicht an ihren Freund, einen Tag bevor sie in ihrer Winnender Schule erschossen wurde. Erschossen von einem Sportschützen mit einer legalen Waffe.

Was würde Nicole Nalepa empfinden, wenn sie uns heute hier zuhören könnte, wie wir debattieren über mehr oder weniger wirksame Schritte zum Vermeiden derartiger Mordserien? Begreifen wir noch, was ihr Tod bedeutet? Oder haben wir schon zu oft zur Unterhaltung im Fernsehen zugeschaut, wie Menschen getötet werden?

„Es gibt eine Solidarität zwischen Menschen als Menschen, welche einen jeden mitverantwortlich macht für alles Unrecht und alle Ungerechtigkeiten in der Welt, insbesondere für Verbrechen, die in seiner Gegenwart oder mit seinem Wissen geschehen. Wenn ich nicht tue, was ich kann, um sie zu verhindern, so bin ich mitschuldig.“ Dies schrieb der Philosoph Karl Jaspers 1946. („Die Schuldfrage“)

In diesem Sinne debattieren wir hier in einer Runde von Leuten, von denen nicht wenige mitschuldig sind am Tod von Nicole Nalepa. Weil sie ihn und die Tode von vierzehn weiteren Schülern, Lehrerinnen, Passanten begünstigt haben. Weil sie dieses Morden erleichtert haben, indem sie es nicht wirklich erschwert haben. Weil sie es nicht einmal versucht haben, obwohl es in ihrer Verantwortung lag und ihnen auch möglich war.

Ein Jahr vor dem Amoklauf in Winnenden gab es hier in diesem Saal ebenfalls eine öffentliche Anhörung des Innenausschusses zur Änderung des Waffenrechts (am 13.02. 08). Im damals vorgelegten Antrag der GRÜNEN „Für ein schärferes Waffengesetz“ (Antrag 16/6961) hieß es:

„Es ist erforderlich, Erwerb, Besitz, Tragen und Verbreiten von Waffen weiter zu begrenzen. (...) Die Lücken im Waffengesetz sind ein nicht hinnehmbares Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung.“ Es sei zu prüfen, „ob an Stelle der Lagerung von Waffen und Munition in Privatwohnungen Sportschützen ihre Waffen außerhalb der Wohnung, in sicheren Bereichen der Sporteinrichtungen und Schützenvereine verwahren können“.

Jürgen Kohlheim, Vizepräsident des Deutschen Schützenbundes, erklärte dazu als Sachverständiger: „Ein noch schärferes Waffengesetz, wie es in dem Antrag 16/6961

gefordert wird, ist weder erforderlich noch sinnvoll.“ Der Antrag wurde von der CDU/SPD-Mehrheit abgelehnt, der Sportschütze Jörg Kretschmer durfte seine 15 Waffen weiterhin zu Hause lagern, mit einer dieser Waffen tötete sein Sohn Tim fünfzehn Menschen.

Und nun versagen die Regierungsparteien CDU/SPD erneut: Keine der beabsichtigten Änderungen des Waffenrechts ist geeignet, Amokläufe wie in Erfurt oder Winnenden tatsächlich zu erschweren. Das habe ich in meiner schriftlichen Stellungnahme für den Innenausschuß detailliert aufgezeigt.

Amokläufe sind keine Naturkatastrophen, sondern menschliches Tun, das man zumindest erschweren kann. Niemand braucht tödliche Waffen für den Schießsport.

Bis zum Mauerfall war der private Waffenbesitz in West-Berlin verboten. In Japan ist er es bis heute. In England wurden nach dem Schulmassaker in Dunblane 1996 private Faustfeuerwaffen verboten; seitdem hat es dort keinen Amoklauf mehr gegeben. In vielen deutschen Sportschützenvereinen schießt man schon jetzt nur mit Druckluftwaffen, unter anderem hier in Berlin, bei der „Schöneberger Schützengilde“.

Es gibt keinen vernünftigen Grund, Mordwaffen als Spielzeug im Land zu verteilen und dann regelmäßig überrascht zu tun, wenn jemand solche Waffen zum Morden benutzt.

Die Frage, die unsere Gesellschaft beantworten muss, lautet: Sollen nur deshalb, weil alle paar Jahre ein Dutzend Schüler und Lehrer erschossen werden, zwei Millionen Sportschützen auf Mordwaffen verzichten müssen?

Es gibt kein Menschenrecht auf Schießsport mit todbringenden Waffen. Das elementare Menschenrecht auf Leben ist unmittelbar geltendes Recht (Artikel 2 des Grundgesetzes).

Ende März hat unsere Initiative eine Petition an den Deutschen Bundestag eingereicht. Darin heißt es:

„Wir brauchen kein halbherzig geändertes Waffengesetz. Wir wollen ein Verbot von Mordwaffen als Sportwaffen - sofort. Solche Waffen dürfen nicht länger verkauft und benutzt werden. Erst dann können Schulen wieder sichere Orte sein. (Als Mordwaffen sind hier gemeint: Schusswaffen, die für das Töten oder Verletzen von Menschen hergestellt werden, egal welchen Kalibers, sowie sonstige Schießsportwaffen, mit denen man leicht und schnell viele Menschen töten kann.)“

Diese Petition haben bisher mehrere Tausend Menschen unterschrieben, darunter viele Schüler, Studenten und Lehrer.

Wenn die Verantwortlichen in Bundesregierung und Bundestag jetzt nicht alles in ihren Möglichkeiten liegende tun, um weitere, ja absehbare Amokläufe mit legalen Waffen zu vermeiden, dann sind sie auch dafür mitverantwortlich: weil sie die nächsten Mordserien begünstigen, indem sie das Morden erleichtern, da sie es nicht wirklich erschweren.

Reaktionen auf die Aussagen Roman Grafes im Innenausschuß (Auswahl)

Wortprotokoll vom 15. Juni 2009, Sachverständigen-Anhörung zur Änderung des Waffenrechts:

Vorsitzender des Innenausschusses, **Sebastian Edathy**: „Herr Sachverständiger, bei allem Respekt, ich glaube, Sie sollten niemandem hier im Deutschen Bundestag unterstellen, er wolle das Morden erleichtern. Ich bitte Sie bei aller Emotionalität, die mit dem Thema verbunden ist, sich diesbezüglich zu mäßigen."

Sachverständiger **Jürgen Kohlheim** (Vizepräsident Deutscher Schützenbund e.V., Wiesbaden): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir zunächst ein kurzes Wort zum Statement von Herrn Grafe, der die Gleichung aufgemacht hat ´Sportwaffen sind Mordwaffen´ und damit unterschwellig auch sagt: ´Sportschützen sind Mordschützen´. Gegen diese infame Unterstellung verwahre ich mich ausdrücklich im Namen von annähernd 2 Mio. rechtschaffener Sportschützen."

Der Vorsitzender des Innenausschusses, **Sebastian Edathy,** unterbricht Roman Grafe, als dieser von „Lobbyisten und ihren Vertretern im Bundestag, in der Regierung, in den Länderregierungen, auch im Innenausschuß" spricht:
„Herr Grafe, können Sie das bitte einmal erläutern, wie Sie auf die Behauptung kommen, dass Mitglieder des Innenausschusses des Deutschen Bundestages Lobbyistenvertreter sind. (...)
Ich finde das schon ein starkes Stück, Herr Grafe. Ich habe einleitend gesagt, es gibt gewisse Mindestregeln im Respekt und in der Höflichkeit miteinander und gegenüber, auch in einer Anhörung, und die Unterstellung, dass Mitglieder des Innenausschusses des Deutschen Bundestages Lobbyistenvertreter sind, finde ich, zumal, wenn es nicht belegt wird, unzulässig."

(Antwort **Grafe**: „Der Eindruck drängt sich auf, wenn das, was erklärte Lobbyisten wie Herr Kohlheim und andere Waffen- und Schützenlobbyisten an irreführender Propaganda seit Jahren verbreiten, auch von Mitgliedern der Regierung, der Landesregierung und auch von Mitgliedern des Innenausschusses übernommen wird.")

MdB **Reinhard Grindel** (CDU) im Deutschen Bundestag, Debatte zum Waffenrecht am Tag der "Gesetzesverschärfung" vom 18. Juni 2009 (Wortprotokoll)

>> Wir sorgen für mehr Sicherheit (...) Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Gedanken. Wir müssen als Innenpolitiker auch die Kraft aufbringen, zu sagen: In Sachen Waffenrecht ist jetzt alles getan. Wir sehen keinen weiteren Verbesserungsbedarf. Wir sehen nicht, welche weiteren Änderungen in dieses Gesetz eingebracht

werden könnten, die zu einem zusätzlichen Sicherheitsgewinn führen würden. Sonst müssten wir das heute beschließen und im Gesetz verankern.

(Silke Stokar von Neuforn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das müssten wir!)

Es hat in der Debatte der vergangenen Woche Auswüchse gegeben, die ich hier ansprechen will, weil man sich als Politiker nicht alles gefallen lassen darf. Die Aktion „Sportwaffen sind Mordwaffen“ hat uns vorgeworfen, durch unser angeblich zu lasches Waffenrecht erleichterten wir das Morden und seien mitschuldig.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Unverschämt!)

Andererseits hat man uns in der Zeitschrift „Wild und Hund“ wegen des angeblich zu scharfen Waffenrechts als – ich zitiere – „Verfassungsschänder“ bezeichnet. Beides ist unverschämt, und beides weise ich zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vor allem ist beides angesichts des sensiblen Hintergrunds der Waffenrechtsänderung in Sprache und Form völlig unerträglich, um das ganz klar zu betonen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD) <<

Video-Mitschnitt dieser Rede:

http://www.bundestag.de/bundestag/parlamentsfernsehen/index.jsp?action=search&contentArea=details&offsetStart=0&id=237633&instance=m187&categorie=alle%20&legislativePeriod=alle%20&fraction=alle%20&searchword=waffenrecht&mask=search&hashValuesForPolicyField=de7d525d66cfe528563406ae725eb61&hashValuesForPolicyField=d84b1086ed1978f6eeae368b99e93be0&hashValuesForPolicyField=b9e68fe2cbca154ba721a22e937e90&&destination=search

Rede der MdB **Silke Stokar** (DIE GRÜNEN) zu den Initiativen gegen Schußwaffen (Video-Mitschnitt):

http://www.bundestag.de/bundestag/parlamentsfernsehen/index.jsp?action=search&contentArea=details&offsetStart=12&id=236344&instance=m187&categorie=alle%20&legislativePeriod=alle%20&fraction=alle%20&searchword=waffenrecht&mask=search&hashValuesForPolicyField=de7d525d66cfe528563406ae725eb61&hashValuesForPolicyField=d84b1086ed1978f6eeae368b99e93be0&hashValuesForPolicyField=b9e68fe2cbca154ba721a22e937e90&&destination=search